

## FREIE SICHT

Energiewende  
wenden

REINER EICHENBERGER

**D**er Bundesrat kämpft weiter für die Energiewende, also für den Atomausstieg, gegen die Klimaerwärmung und für «saubere» alternative und erneuerbare Energie. Dazu will er zuerst «saubere» Energien noch viele Jahre hoch subventionieren, dann die fossilen Energien massiv besteuern. Doch dieser Ansatz wird scheitern.



Erstens sind die «sauberen» Energieträger aus Schweizer Sicht teils schädlicher als die traditionellen. Denn sie belasten zu 100 Prozent Umwelt und Landschaft in der Schweiz. Die Emissionen der traditionellen Energieträger hingegen verändern wahrscheinlich das Weltklima, wobei die Schweiz nur rund 1,5 Promille der weltweiten Emissionen verursacht. Deshalb müssten auch die «sauberen» Energien besteuert, statt subventioniert werden.

Zweitens ist unklar, welche «sauberen» Energieträger zukunftstauglich sind. Zudem hängt die Entwicklung angewandter Technologien vom Weltmarkt, nicht vom Schweizer Markt ab. Die heutigen hohen Schweizer Subventionen bringen deshalb nicht viel.

«Es droht eine  
schreckliche  
Bürokratie.»

Drittens kommt die Energiewende so oder so. Unabhängig von der heutigen Schweizer Politik werden in den nächsten 30 Jahren neue Energiequellen entwickelt, die die Umwelt viel weniger belasten.

Viertens unterläuft die Zuwanderung die Politik des Bundesrates. Dieser will den CO<sub>2</sub>-Ausstoss gleich viel wie oder lieber noch stärker als die EU senken. Die starke Zuwanderung bläht aber die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Emissionen auf. Das Einhalten internationaler Reduktionsziele ist deshalb für die Schweiz unvergleichlich viel teurer.

Fünftens endet jede Steuer, die den Schweizer Energieverbrauch wegen seiner internationalen Umweltfolgen besonders hoch belastet, in einem Albtraum. Ein grosser Teil der Energieimporte und -exporte findet in Form von grauer Energie statt, sie steckt also in allen Im- und Exporten von Gütern und Dienstleistungen. Der internationale Wettbewerb würde massiv verzerrt, wenn die Importe nicht entsprechend ihrem Energieinhalt belastet und die Exporte entlastet würden. Die Abrechnung bringt aber schreckliche Bürokratie und Handelshemmnisse.

Folglich sollte der Bundesrat bei der Energiepolitik der internationalen Entwicklung nicht vorseilen, sondern diese – zu einem Bruchteil der Kosten der Energiewende – mit klugen diplomatischen Massnahmen sowie Grundlagenforschung beschleunigen. Die Umwelt- und Energiepolitik sollte er weg von globalen auf Schweizer Probleme ausrichten. Die gibt es vor allem im Verkehrsbereich. Da muss endlich Mobility Pricing durchgesetzt werden. Der Privatverkehr und der öffentliche Verkehr müssen die von ihnen verursachten rund 10 Milliarden Franken externen Kosten durch Umweltschäden, Lärm und Unfälle endlich selbst zahlen, und die heutigen rund 8 Milliarden Franken Subventionen für den öffentlichen Verkehr müssen gestrichen werden. Mit den dadurch frei werdenden Mitteln könnten andere Steuern und Abgaben massiv gesenkt werden. So ginge es der Umwelt, den Steuerzahlern, den Konsumenten und der gesamten Wirtschaft sehr viel besser.